



# Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW e.V.

Alpen, den 7.7.2020

Karl Krebber-Hortmann

Stellv. Vorsitzender der Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigte NRW e.V.

[stellv.vorsitzender@salzbergbaugeschaedigte.de](mailto:stellv.vorsitzender@salzbergbaugeschaedigte.de)

## Fragen an die Lokalpolitiker zur Kommunalwahl am 13. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertreter der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW e.V. möchten wir Sie im Namen unserer über 1600 Mitglieder bitten, sich mit den beigefügten Fragen zu beschäftigen und uns Ihre Antworten zu übermitteln.

Weiterhin möchten wir Sie um ihr Einverständnis bitten, diese Antworten im Wortlaut auch im Internet auf unserer Homepage oder in anderen Medien zu veröffentlichen.

Unsere Bürgerinitiative hat durch die aktuell von der Firma K+S geplante Erweiterung des Salzabbaus nochmals deutlich an Zuspruch gewonnen, weil sich sehr viele Menschen Sorgen machen um Ihre Sicherheit und die der Umwelt, um den Wert ihres Vermögens und um die Absicherung der durch den Bergbau entstehenden Ewigkeitslasten, die allen nachfolgenden Generationen als Last aufgebürdet werden.

Wir haben in der Vergangenheit mit vielen politischen Vertretern und Kandidaten für die Kommunalwahlen gesprochen und sind auf viel Verständnis für unsere Forderungen gestoßen.

Wir möchten die anstehende Kommunalwahl als Chance nutzen dies auch darstellen zu können und gleichzeitig Ihnen die Möglichkeit anbieten sich mit der Beantwortung der Fragen zu positionieren und damit Ihre Hilfe und Unterstützung für die vielen Menschen in Ihren Wahlkreisen anzubieten.

Wir würden uns freuen wenn Sie uns **bis zum 2. August 2020** eine Antwort zukommen lassen könnten.

Wir haben diesen Fragenkatalog an alle Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters, an die Landratskandidaten sowie an alle Fraktionsvorsitzenden der Parteien aus Wesel, Alpen, Rheinberg und Xanten versandt.

Für weitere Erläuterungen oder sonstige Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Karl Krebber-Hortmann

## Fragen an die Lokalpolitiker:

### 1. Rechtssicherheit

Im Gegensatz zum Steinkohlebergbau gibt es im Salzbergbau keine Schiedsstelle und es gibt keine Rechtsschutzversicherung, welche die Risiken einer Klage gegen ein Bergbauunternehmen übernehmen will.

Was möchten Sie tun, dass die Schäden an einem Gebäude, der zugehörigen Infrastruktur oder eine Wertminderung der Liegenschaft der Bürgerinnen und Bürger, unabhängig geprüft, neutral bewertet und angemessen reguliert werden?

### 2. Infrastruktur

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern dürfen in NRW weiterhin Straßenausbau-Gebühren erhoben werden und müssen - nach Aussage der Gemeindeprüfungsanstalt - auch erhoben werden. Andererseits werden jedoch zwangsläufig erhebliche Schäden an der Infrastruktur (Bahnlinien, Straßen, Wege) und an Netzwerken (Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Datenleitungen) entstehen.

Wie stellt die Politik sicher, dass die Kosten hierfür differenziert betrachtet werden: Was ist Alters- bzw. Abnutzungsbedingt und was sind Bergbaufolgen?

Wie wird sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht für die Folgen des Bergbaus direkt (Straßenausbau-Gebühren) oder indirekt (erhöhte Preise der Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen) zur Kasse gebeten werden?

### 3. Betrachtungszeitraum

Durch den Salzbergbau werden Geländesenkungen über einen Zeitraum von mehr als 200 Jahren erwartet und es werden sogenannte "Ewigkeitslasten" generiert (dauerhaftes Abpumpen tiefer liegender Bereiche). Im Gegensatz zu den Schäden, die durch Steinkohlebergbau entstehen, werden die Schäden in einem so langen Zeitraum immer wieder auftreten und Gebäude und Infrastruktur müssen mehrfach saniert werden.

Wie stellt die Politik für die ortsansässigen Bürger sicher, dass die Bergbaubetreiber auch noch nach so langer Zeit genug Rücklagen besitzen und einsetzen können, wenn der Bergbaubetrieb bereits längst abgeschlossen ist und die Betriebe - zumindest vor Ort - aufgelöst wurden?

### 4. Überschwemmungsrisiko

Der Salzbergbau in der jetzigen Form, führt zu deutlichen Bodenabsenkungen, die sowohl in bebauten wie landwirtschaftlich genutzten Flächen stattfindet.

Halten Sie das gesteigerte Gefahrenpotential für die Bevölkerung gerechtfertigt und was möchten Sie künftig tun, um den Hochwasserschutz zu verbessern und Starkregenereignisse abzusichern?

### 5. Erweiterung des Salzabbaus

Der aktuelle Bergbaubetreiber plant bekanntlich die Erweiterung des untertägigen Salzabbaus in zwei Bereichen bis nach Xanten bzw. bis Borth auf einer Fläche von über 4000ha.

Haben Sie die Notwendigkeit der Erweiterung der Abbaugebiete und die geplante Lage, sowie die Abbaumethoden hinterfragt und halten sie dies angesichts der großen, über lange Zeiträume zu erwartenden Schäden, für gerechtfertigt?

### 6. Offene Frage:

Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um einen weitreichenden Schutz der Bevölkerung und Bewohner sowie der Umwelt im Zusammenhang mit dem bestehenden Salzabbau und der geplanten Erweiterung sicherzustellen?

-----